

Kolumne, 4.12.2010

Next Generation: Politikverdrossenheit?

Engagierte Schüler und Lehrer eines Gymnasiums wollten einen im Rahmen der ökumenischen Friedensdekade 2010 an ihrer Schule geplanten Vortrag „Es ist Krieg. Entrüstet Euch!“ mit einer Ausstellung begleiten. Man sammelte Material, und neben dem Unterricht in Ethik, Religion Geschichte, Sozialkunde und Deutsch arbeiteten die Schüler auch in ihrer Freizeit fleißig an den Recherchen und Vorbereitungen. Nicht wenige erkannten erstmals das wahre Ausmaß des weltweiten militärischen Engagements Deutschlands in Sachen Rüstung, Kontrolle von Handelswegen und politischer Einmischung. Leider konnte weder die Ausstellung gezeigt werden, noch fand der geplante Vortrag in der Schule statt, denn der Direktor untersagte schließlich die Aktivitäten als "zu politisch".

An einer anderen Schule kam es im Ethikunterricht zu einem Eklat, als die Lehrkraft die Schüler an die Thematik der Menschenrechte heranführen wollte, jedoch vehement die Hinweise eines Schülers zurückwies, dass auch Europa und die USA Menschenrechte verletzen - beispielsweise an den jeweiligen Außengrenzen. Nach Protesten der Mitschüler wurde dem "Dissidenten" erlaubt, Belege für seine These zu bringen, die er freilich schnell zusammen gestellt hatte: Artikel aus der „Zeit“ über Auffanglager auf den griechischen Inseln und die Verweigerung des Asylrechts, Wikipedia-Einträge über die Tötungen an der Grenze USA-Mexiko sowie die Berichterstattung in den US-Medien darüber, die Website [borderline-europe](http://borderline-europe.com), die unter anderem Informationen über die verminte griechisch-türkische Grenze bereit hält, und vieles mehr. Bei den Recherchen war der Schüler selber überrascht, hatte er doch zuvor von den Enklaven Ceuta und Melilla noch nie etwas gehört. All diese Quellen wurden vom Lehrer jedoch angezweifelt, der Schüler gar der Verschwörungstheorie bezichtigt und der eingeschaltete Direktor beendete den sich ausweitenden Streit schließlich, indem er dem Schüler "extreme Ansichten" und dem Lehrer "die Pflicht zur Neutralität" bescheinigte. Es wäre freilich interessant, beide Direktoren zu fragen, ob sie den Besuch von Jungoffizieren der Bundeswehr im Rahmen "politischer Bildungsmaßnahmen" an ihren Schulen ablehnen oder ob sie diese als neutral einstufen würden.

Jedenfalls, so wenig typisch wie diese beiden Beispiele hoffentlich sind, sie verweisen doch auf eine allgemeine Problematik, die nicht nur im Erziehungs- und Bildungsbereich um sich greift. Wer sich politisch äußert gilt als verdächtig, gerade so als gäbe es ein politisch neutrales Verhalten. Dabei lässt sich beobachten, dass die implizit bis explizit geforderte Politiklosigkeit zumeist im Sinne einer herrschenden

Ideologie eingesetzt wird. Wer sich im Sinne der Herrschenden äußert, gilt als politisch neutral - wer sich im Sinne der rechtlichen Grundlagen, wie Grundgesetz, Menschen- und Völkerrecht äußert, nicht unbedingt. Das ist schief und gerade junge Menschen, die noch nicht so sehr in die Intriganz des Systems verstrickt sind, bemerken die Widersprüche oft schnell und entrüsten sich auch entsprechend - protestieren oder geben schließlich auf.

Wo sie sich nicht entmutigen lassen dem Recht Raum zu verschaffen, hat die dafür notwendige Zusatzanstrengung eigentlich besondere Anerkennung verdient. Ein Antikriegskongress, wie ihn die Studierenden in Berlin am letzten Novemberwochenende diesen Jahres auf die Beine gestellt haben, mag für viele lästig sein, weil er Illusionen ausräumt - aber er ist ein sicheres Zeichen dafür, dass man sich gegen das Hineintreiben in die Politikverdrossenheit wehrt und bereit ist, den "Nichtneutralitätsstempel" auf sich zu nehmen, um im Sinne der geltenden Rechtsgrundlagen zu handeln und diese Verantwortung von einer breiteren Öffentlichkeit einzufordern. Sie zeigen, dass sie nicht bereit sind, es "denen da oben" zu überlassen und damit haben sie im wahrsten Sinne des Wortes Recht!